

Antrag

der Abgeordneten Dr. Stephanie Rose, Olga Fritzsche, Sabine Boeddinghaus, Insa Tietjen, Dr. Carola Ensslen, Deniz Celik, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Metin Kaya, Cansu Özdemir, David Stoop, Heike Sudmann und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)

Betr.: Die sozialen Folgen der Corona-Pandemie bekämpfen: Hamburg braucht endlich eine behördenübergreifende Anti-Armutsstrategie

Schon vor Corona waren, laut Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes, mehr als 15 Prozent aller Hamburger/-innen von Armut bedroht. Rechnet man die hohen Lebenshaltungskosten in der Stadt mit ein, waren es sogar über 18 Prozent. Dass die Corona-Krise diese bereits bestehenden sozialen Ungleichheiten verschärft hat, wurde nach Monaten der Pandemie durch unterschiedliche Studien belegt. Demnach treffen die sozialen Auswirkungen der Pandemie diejenigen (mit Ausnahme der Selbstständigen) stärker, die bereits vor der Pandemie über eher geringe Ressourcen verfügten. Ob bei Löhnen, Vermögen, Bildung oder Gesundheit, in allen Dimensionen verschärft sich die soziale Ungleichheit. Das bestätigt jetzt auch ein von der Linksfraktion in Auftrag gegebenes Gutachten des Instituts Arbeit und Wirtschaft (iaw) der Universität Bremen (siehe: https://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2021/07/Soziale_Auswirkungen.pdf). Demzufolge ist nicht nur das Missverhältnis von öffentlicher Armut und privatem Reichtum weiter angewachsen, Hamburg ist im Bundesländervergleich von vielen bisher erfassbaren Folgen – Anstieg Lohnungleichheit, Zunahme SGB-II-Quote, Abnahme Steuereinnahmen, Abnahme Ausbildungsplätze, Abnahme Zahl der Minijobber/-innen – auch besonders stark betroffen. So lagen beispielsweise die Lohninbußen der beiden unteren Leistungsgruppen, der Angelernten und Ungelernten, bei 5 bis 10 Prozent. Hingegen konnten die obersten beiden Leistungsgruppen weitere Lohnzuwächse verzeichnen. Die Pandemie hat somit dazu geführt, dass die Lohnentwicklung nach Leistungsgruppen, die in Hamburg schon vor Corona wesentlich ungleicher verlief als bundesweit, noch einmal erheblich ungleicher geworden ist. Zudem ist die Anzahl der Minijobs und Ausbildungsplätze in Hamburg überdurchschnittlich stark zurückgegangen.

Mehr noch: Die Zahl der Beziehender/-innen von ALG II ist zwischen Juni 2019 und Juni 2020 in Hamburg um 8,5 Prozent gestiegen. Damit gehört Hamburg hinter Bayern (plus 8,7) auch hier zu den bundesweiten Spitzenreitern. Und nicht zuletzt sind die Stadtteile mit einem hohen SGB-II-Leistungsbezug zugleich die Stadtteile, die überdurchschnittlich von Corona-Infektionen betroffen waren. Während die Stadtteile mit einer deutlich unterdurchschnittlichen SGB-II-Quote die niedrigste Inzidenz aufwiesen. Auffällig dabei ist, dass der Abstand bei den Infektionen immer größer geworden ist. Im April 2020 hatten einkommensschwächere Stadtteile im Vergleich zu den gut situierten „nur“ 78 Prozent mehr Infektionen zu verzeichnen, im Herbst 2020 waren es schon 136 Prozent, und im 1. Quartal 2021 dann sogar 200 Prozent mehr.

Auch wenn die Folgen der Pandemie noch nicht in Gänze abzusehen sind, zeigt sich in der Gesamtschau der bisherigen Befunde, dass Corona nicht nur eine gesundheitliche, sondern auch eine multiple soziale Krise ist. In vielen Bereichen – insbesondere in Bezug auf die Folgen für Kinder und Jugendliche – ist vermutlich bisher nur die Spitze des Eisbergs sichtbar. Für die Bewältigung der Folgen muss deshalb wesentlich mehr passieren, angefangen bei einer systematischen Bestandsaufnahme. Die

ungleichen Ausgangsbedingungen der Stadtteile in Bezug auf Infrastruktur (zum Beispiel frühkindliche Angebote, Betreuungsquoten, Ganztagschulanteile, Schulsozialarbeit, Angebote der außerschulischen Jugendhilfe) und Finanzstärke machen eine einheitliche Problembewältigung quasi unmöglich. Bleibt dieses Problem bei der Folgebekämpfung unreflektiert, ist zu befürchten, dass die Corona-Krise auch die vorhandene massive sozioökonomische Ungleichheit der Quartiere noch weiter verschärfen wird. Deshalb braucht es jetzt eine behördenübergreifende Anti-Armutsstrategie und den Ausbau sozialräumlicher und quartiersnaher Beratungs- und Unterstützungsstrukturen in den benachteiligten Stadtteilen. Armut ist kein individuelles Problem. Soziale Ungleichheit schadet der Gesamtgesellschaft, deswegen braucht es auch eine gesamtgesellschaftliche Lösung.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. um der sozialen Ungleichheit infolge der Corona-Pandemie entgegenzuwirken, eine mehrteilige Strategiekonferenz, unter Beteiligung von Akteuren/-innen aus Wissenschaft, Verbänden, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft, durchzuführen. Ziel der Strategiekonferenz ist:
 - a) Maßstäbe und Zeitplan für eine unabhängige, systematische und kritische Bestandsaufnahme der sozialen und sozialräumlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und Stadtteile in Hamburg zu entwickeln,
 - b) Methoden zu entwickeln, wie zukünftig vor der Implementierung von Corona-Hilfsmaßnahmen in Hamburg deren Wirkung auf Verteilung beziehungsweise Ungleichheit sowie Geschlechtergerechtigkeit überprüft und berücksichtigt werden kann,
 - c) eine behördenübergreifende Anti-Armutsstrategie zu entwickeln, die unter anderem folgende Handlungsfelder berücksichtigen sollte:
 - ein armutsfester Mindestlohn als Voraussetzung für Teilhabe,
 - prekäre und atypische Beschäftigung zurückdrängen,
 - Sicherstellung und finanzielle Absicherung wohnortnaher sozialer Infrastruktur und barrierefreier Unterstützungs- und Beratungsangebote,
 - gleichberechtigter Zugang zu gesundheitlicher und pflegerischer Versorgung,
 - Zugang zu digitaler Infrastruktur,
 - d) verbindliche und nachprüfbare Ziele zur Reduktion von sozialer Ungleichheit und Armut zu definieren und konkrete Maßnahmen zur Erreichung der Ziele zu beschreiben. Die nachhaltige Reduktion des Armutsrisikos und damit der Armutsrisikoquote wird als ein zentraler Indikator für den Erfolg der Strategie herangezogen. Ein weiterer Indikator ist der gesicherte Zugang zu öffentlicher sozialer und gesundheitlicher Infrastruktur,
2. der Bürgerschaft bis zum 31.12.21 zu berichten.